

Nur das Beste vom Besten?



Scharfe Debatte als Bild: Hochschulrankings wie das des CHE sind für Unis eine wichtige Darstellungsplattform. Kritiker*innen zerreißen den Zeit Studienführer förmlich. (Foto: mac)

Die UDE schreibt in einer Pressemitteilung: „Man schrieb ihm zwar schon eine Vorreiterrolle zu, aber nun ist es auch amtlich: der Rektor der Universität Duisburg-Essen, Prof. Dr. Ulrich Radtke, ist der Hochschulmanager des Jahres 2015“. Moment, der Rektor ist jetzt Manager? So sieht es zumindest das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE), das Radtke Ende November den Preis verliehen hatte. Für die aktuell ist diese Auszeichnung Grund genug dieses Centrum genauer unter die Lupe zu nehmen. Für die Einen ist es nämlich der ideale Partner beim Anwerben von Studierenden, andere boykottieren es.

Viele Studierenden dürften schon mal etwas vom CHE gelesen haben – wahrscheinlich sogar schon vor dem Studium. Denn seit zehn Jahren veröffentlicht der Zeit-Studienführer jährlich die Ergebnisse des CHE-Hochschulrankings. Das seit 1998 existierende Ranking hat durch das bunte Heft eine hohe Reichweite generiert: Der Studienführer 2015/2016 soll laut Eigenangabe der Zeit bereits 100.000 Mal verkauft worden sein. Das CHE-Ranking ist das deutschlandweit größte Ranking: Es soll derzeit über 30 Fächer, 2.500 Fachbereiche, 7.500 Studiengänge an 300 Universitäten und Fachhochschulen in Deutschland, Österreich, der Schweiz und den Niederlanden in den Blick nehmen und fragt: Wo kann man welches Fach am besten studieren? Getragen wird das Gütersloher CHE jeweils zur Hälfte von der Bertelsmann Stiftung und der Hochschulrektorenkonferenz als Vertreterin der Unis und Fachhochschulen.

Der Fächervergleich ist besonders bei Studieninteressierten beliebt. Neben der Print-Version kann man das Ranking interaktiv auf der eigenen Plattform der Zeit aufrufen. Hier wählt man dann aus 41 Fächern das gewünschte aus und kommt zum Vergleich. Durch unterschiedlich viele Filter, beispielsweise Studiensituation, Ausstattung, Forschungssituation oder Berufsbezug, können die Nutzer*innen wählen, was ihnen an der Uni wichtig ist und bekommt nach Ranggruppen sortiert viele kleine Punkte angezeigt. Grün bedeutet Spitzengruppe, gelb Mittelgruppe und blau (früher rot) Schlussgruppe. So wird jede Uni doch noch auf vordere und hintere Plätze verwiesen. Es entsteht der Eindruck, dass es für bestimmte Fächer Elite-Unis und Verlierer-Hochschulen gibt. Auffällig ist auch, dass bei vielen Stellen statt Punkte Striche auftauchen: Die betreffenden Felder wurden nicht gerankt.

Mit 2,6 schon schlecht

Die Daten werden aus Befragungen der Professor*innen und der Studierenden gewonnen. Die Fragebögen, beispielsweise die Befragung für Germanistik in diesem Jahr, sehen dabei oft aber eher aus wie Zeugnisse. Die Fachbereiche sind die Schüler*innen, die Befragten diejenigen, die die Zensuren verteilen. Sie sollen in Fragebögen die Indikatoren von sehr gut bis schlecht in sechs Stufen bewerten, auch wenn es lediglich die drei Bewertungsstufen beim Ranking gibt. Noch undurchsichtiger wird es, wenn den Noten dann die Farben zugeordnet werden: Das geschieht in Relation zu den anderen Ergebnissen im jeweiligen Fach. Während die Germanistik der Uni Bochum mit dem Wert 3,2 noch einen gelben Punkt für die Studiensituation insgesamt bekommt, gibt es für das Fach Soziale Arbeit an der Hochschule Bremen mit dem Wert 2,6 bereits den blauen, also schlechtesten, Punkt. Man stelle sich nur mal vor, ein*e Dozent*in würde zu Studierenden sagen: „Sie haben die Note 2,6. Aber weil alle anderen so gut waren, fallen Sie jetzt durch.“ Auch auf höherem Niveau gibt es für das CHE klare Verlierer. Irgendwer muss ja schlecht gerankt werden.

Wissenschaftliche Evaluation Ja – CHE-Ranking Nein

In der Vergangenheit gab es nicht nur wegen dieser fragwürdigen Praxis Kritik am Ranking. An der Speerspitze des Widerstands steht sicherlich die Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS). In einer gepfefferten Stellungnahme vom Juni 2012 heißt es: „Wissenschaftliche Evaluation Ja – CHE-Ranking Nein.“ Die DGS wirft dem CHE-Ranking methodische und empirische Män-

PR-Debakel im Fußball



Warum der Einspruch gegen eine Sperre von Fortunas Demirbay zum peinlichen Auftritt für den Verein wurde, lest ihr auf Seite 7.

Tierisch rechts



Ein großtürkisches Reich und Unterdrückung von religiösen und politischen Minderheiten: Über die Ziele der Grauen Wölfe lest ihr auf Seite 3.

akduell im Netz

Alle Artikel, die Möglichkeit zu kommentieren und noch viel mehr gibt es unter: www.akduell.de

gel, Vereinfachungen durch das Drei-Schritt-System sowie Beeinflussung wissenschaftspolitischer Entscheidungen vor und folgert: „[deshalb] muss sich das Fach Soziologie gegen diese Darstellung seiner Lehr- und Forschungsleistungen in der Medienöffentlichkeit zur Wehr setzen.“

Im Einzelnen kritisieren die Ranking-Gegner*innen, dass die Qualität der Forschung von Wissenschaftler*innen selbst und aufgrund unzureichenden Datenbanken bewertet würde. Die Qualität des Studiums würde durch Studienbefragungen ermittelt an denen wenige Studis teilnehmen würden und die durch ungeklärte Selektivität geprägt seien. Dadurch komme es zu nicht repräsentativen Zufallsaussagen. Weitere Kritik geht an der Publikation der Ergebnisse in der Zeit: Das simplifizierende Ampelsystem täusche über die Dürftigkeit der Datenbasis hinweg. Damit würden eindeutige Ergebnisse vorgegaukelt, die gar nicht belegt seien. Die DGS forderte deshalb alle soziologischen Institute an deutschen Hochschulen dazu auf, nicht mehr an der Bewertung teilzunehmen...

...Wie ein Ausstieg aus dem Ranking aussehen kann, lest ihr in der Fortsetzung auf Seite 2. [mac]

Boycott gegen Hochschulrankings

Kommentar

Der Rektor ist jetzt Manager?

Ein Kommentar von Maren Wenzel

„Manager, der, Substantiv, maskulin: mit weitgehender Verfügungsgewalt und Entscheidungsbefugnis ausgestattete, leitende Persönlichkeit eines Großunternehmens.“ So beschreibt der Duden einen typischen Manager. Seit dieser Woche kann sich auch UDE-Rektor Ulrich Radtke so bezeichnen. Schließlich hat er die Auszeichnung „Hochschulmanager des Jahres 2015“ vom Centrum für Hochschulentwicklung verliehen bekommen. Da stellen sich mir folgende Fragen: Seit wann managen Rektor*innen eigentlich Hochschulen? Ist die Universität ein Unternehmen? Geht die UDE etwa bald an die Börse?

Hinter dem Bild des Hochschulmanagers steht die Annahme, die Universität wäre eine Wissensfabrik: „Treten Sie ein, studieren Sie in Regelstudienzeit und dann ab in die Firmen!“ Diese Idee der Verwertungsgesellschaft wird seit der Bologna-Reform immer wieder von Studierenden kritisiert. Für die Hochschulentwicklungszentren ist dagegen bereits die Uni ein Unternehmen, das geleitet werden will. Die Absolvent*innen sollen schnell qualifiziert, die Forschung herausragend und der Betrieb effizient sein. Welche Hochschule diese und weitere Voraussetzungen nicht erfüllt, bekommt halt ein schlechtes Ranking. Aber es gibt ja Abhilfe: Die wirtschaftlich ausgerichtete Ausgründung CHE Consulting GmbH entwirft Pläne und Strategien um die Hochschulen wieder konkurrenzfähig zu machen. Fragt sich, wer da auf der Strecke bleibt.

Nämlich: wir. Warum haben wir Forscher*innen uns dem neoliberalen Leistungsdruck des ständigen Publizierens, des Konkurrenzkampfs und des Drittmittel-Bettelns widerstandslos hingegeben? Wieso machen wir Studierende beim Regelstudienzeitdruck, dem Eine-Klausur-nach-der-anderen-Wahnsinn und dem gleichen Konkurrenzkampf mit? Und weshalb ist Rektor Radtke auch noch stolz auf diese Auszeichnung? Weil es vermutlich einfacher ist mitzumachen. Auch wenn es alle spürbar stresst. Sich den Titel des Hochschulmanagers nicht anzunehmen, aus allen Rankings auszusteigen und nach Alternativen für die gesamte deutsche Hochschullandschaft zu suchen, das wäre die wahre Odyssee. Eine wirkliche Hochschulentwicklung soll am Ende doch positiv sein – für alle.



Vor allem geisteswissenschaftliche Fachbereiche rufen zum Boykott des CHE-Rankings auf. (Foto: mac)

Boycott, Moratorien und komplette Verweigerung – die Hochschulrankings sind in den vergangenen Jahren wiederholt scharf kritisiert worden. Besonders geistes- und gesellschaftswissenschaftliche Fachbereiche wie Geschichte, Anglistik, Kommunikationswissenschaften, Erziehungswissenschaften, Soziologie und Teile der Politikwissenschaften hatten oder haben den Ausstieg aus dem Ranking des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) verkündet. Einige machen wieder mit – andere bleiben in ihrem Entschluss stark.

Die Stellungnahme der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (siehe Titelseite), die ihren Sitz im Kulturwissenschaftlichen Institut in Essen hat, war ein Paukenschlag in der Debatte. Nach dem Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschland, die das Ranking 2009 scharf kritisiert hatten, brachten die Soziolog*innen Bewegung in den Widerstand gegen das CHE. 70 Prozent der Soziologie-Institute folgten dem Aufruf zum Boykott. Das Fach ist beim CHE-Ranking nicht mehr vertreten.

Soziologie macht ihr eigenes Ding

Die Gesellschaft hat daraufhin einfach ihr eigenes Ding gemacht: Ein Online-Portal, das die Fächer Geschichte, Soziologie und Kommunikationswissenschaften an den unterschiedlichen Universitäten vorstellen soll. Auf Studium.org erhält man Informationen zu den Hochschulstandorten, den einzelnen Studiengängen und den Studiengängen an den Universitäten. Ganz ohne Ampelsystem und Leistungsvergleich. Stattdessen wird gezeigt, wie viele Erstis und Professor*innen es gibt, wie groß die maximale Seminargröße sei oder wie viele Studienplätze es an der jeweiligen Hochschule gibt. Einen Nachteil gibt es jedoch: Ob die Studierenden und Wissenschaftler*innen an ihren Universitäten zufrieden sind, erfährt man nicht. Es werden keine Befragungen durchgeführt.

Da, wo die Soziologie bereits ist, wollte die Anglistik auch hin. Der Deutsche Anglistenverband e.V. hatte zusätzlich noch moniert, dass der unentgeltliche Aufwand für universitäre Mitglieder und Institute durch das CHE kommerziell genutzt wird. Auch die Anglist*innen riefen zum Boykott auf. Um Mitte dieses Jahres dann festzustellen: „der Ausstieg von Instituten (...) wurde schlichtweg ignoriert.“ Von 64 vom CHE angeschriebenen Ins-

tituten hätten sich lediglich 41 beteiligt. Im Ranking der BA-Studiengänge (nicht Lehramt) wurden aber 61 Institute, für Lehramtsstudiengänge 38 Institute, gerankt. Das CHE hätte hier gegen den ausdrücklichen Willen von Instituten gehandelt.

Frust durch schlechte Bewertung

Nicht nur einzelne Fachbereiche, auch ganze Hochschulen haben die Teilnahme am CHE-Ranking verweigert. Die Universität zu Köln macht bereits seit dem Jahr 2011 nicht mehr mit: „Für alle Beteiligten ist das ein permanenter Frust, immer nur diesen Kübel voller roter Punkte zu kriegen“, sagte Rektor Axel Freimuth damals gegenüber dem Kölner Stadtanzeiger. Die Universität Hamburg kündigte 2012 einen noch drastischeren Weg an: Wegen zu hohem Verwaltungsaufwand und erheblichen methodischen Mängeln wollte die Hochschule aus allen internationalen und nationalen Umfragen aussteigen.

Auch die möglichen finanziellen Auswirkungen von Hochschulrankings waren ein Grund für die Verweigerung. Durch die Rankings entstünden Verzerrungen, die die Zuwendungsbereitschaft von Staat und Drittmittelgebern beeinflussten, so die Uni in einer Stellungnahme. Diese Gefahr sieht UDE-Rektor Radtke bei internationalen Rankings: „Bei zum Beispiel dem Shanghai- oder dem Times Higher Education-Ranking, sehe ich die Gefahr, dass die Ergebnisse missinterpretiert werden und durch die hohe Gewichtung der Reputation die Hierarchisierung der Hochschullandschaft verstärken könnten. Dies könnte sich indirekt auf den Wettbewerb um Drittmittel auswirken.“

Aktuell gibt es an der UDE, außer im Fach Soziologie und Nischenfächern, weiterhin das CHE-Ranking: Die Uni leitet die Fragebögen an die Studierenden weiter und stellt Kennzahlen bereit. Rektor Radtke begrüße zwar ausdrücklich eine analytisch-kritische Auseinandersetzung mit den bestehenden Indikatoren und Verfahren zur Leistungsbewertung. „Doch Boykott ist nicht die richtige Antwort, zumal das CHE immer wieder seine Gesprächs- und Veränderungsbereitschaft gegenüber Hochschulen und Fachgesellschaften bekräftigt.“ Kritiker*innen des Rankings, etwa den Soziolog*innen und Anglist*innen, reichen die bisherigen Veränderungen dagegen nicht aus. Sie werden weiterhin gegen das Ranking mobil machen. [mac]

Die mit dem Wolf tanzen

Wenn Grundschullehrer*innen wüssten, in welchem Kontext der Schweigefuchs außerhalb des Klassenzimmers Verwendung findet, griffen sie sicherlich zu anderen pädagogischen Methoden: Das Handzeichen ist nämlich auch die Grußform der Grauen Wölfe, Anhänger*innen der extrem rechten türkischen Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP). Ihr Ziel: Die Errichtung eines großtürkischen Reiches vom Balkan bis China und der Kampf gegen religiöse und politische Minderheiten.

Gründungsvater der rechten Partei ist Alparslan Türkeş. Der Offizier und Sympathisant des deutschen Nationalsozialismus übernahm 1969 den Parteivorsitz der Republikanischen Bauern- und Nationalpartei (CKMP), die er prompt in Partei der Nationalistischen Bewegung umbenannte. Ihre Anhänger*innen bezeichnen sich selber als Ülkücüs, als „Idealisten“. Seltener trifft man auch auf die Bezeichnung Bozkurt (zu Deutsch: Grauer Wolf). Das Sinnbild des Grauen Wolfes geht auf eine Legende zurück: Zu vorislamischer Zeit habe ein Wolf die türkischen Stämme aus dem Altay-Gebirge geführt und ihnen damit das Leben gerettet. Der heulende Wolf ist neben der osmanischen Kriegsflagge mit den drei Halbmonden ein populäres Szenemotiv, dem man auf türkisch-nationalistischen Demonstrationen begegnet.

Die Partei sowie die ihr zugehörigen Verbände haben auch heute einen starken Einfluss auf die türkische Bevölkerung: Bei den türkischen Parlamentswahlen im Juni dieses Jahres erreichte die MHP 16,29 Prozent der Stimmen, bei der Neuwahl im November stimmten 11,9 Prozent der Türk*innen für die rechte Partei.

Gegen alles und jede*n

Nichtsdestotrotz ist die MHP traditionell weniger eine parlamentarische Partei, sondern eher eine außerparlamentarische Organisation, deren Anhänger*innen für viele politisch motivierte Morde verantwortlich gemacht werden. Türkeş sowie 587 Parteifunktionär*innen mussten sich wegen Anstachelung zum Bürgerkrieg und Anstiftung zum Mord in über 600 Fällen verantworten. Die Liste der Feind*innen der Grauen Wölfe ist lang. Vor allem Kurd*innen sowie die in Deutschland als Terrororganisation gelistete kurdische Arbeiterpartei PKK, die auf Internetauftritten der Rechten als „Babymörder“ bezeichnet wird, gehören zu den politischen Gegner*innen der Grauen Wölfe. In ihr Feindbild gehören des Weiteren Jüd*innen, Christ*innen, Armenier*innen, Griech*innen, Kommunist*innen, Linke sowie die Europäische Union, der Vatikan und die Vereinigten Staaten. Viele Graue Wölfe leisten einen Eid ab, der „Schwur der Idealisten“ genannt wird. Damit geloben



Die osmanische Kriegsflagge ist ein Identifikationsmerkmal der Grauen Wölfe, Anhänger*innen der rechten Partei der Nationalistischen Bewegung (Foto: Darwinek (CC BY-SA 3.0))

sie, im Namen Allahs sowie des Vaterlandes im „Kampf gegen Kommunismus, Kapitalismus, Faschismus und jegliche Art von Imperialismus“ zu stehen. Dass ihr Kampf gegen Faschismus und Imperialismus aufgrund ihrer Wunschvorstellung eines großtürkischen Reiches durch Unterdrückung von Minderheiten und Andersdenkender faschistischer wie imperialistischer Natur ist, spielt im Weltbild der Grauen Wölfe keine Rolle.

Die Grauen Wölfe sind wegen ihrer Gewaltbereitschaft bekannt. Die drückt sich auch in ihrem Schwur aus, denn ihr „Kampf [geht] bis zum letzten Mann, bis zum letzten Atemzug, bis zum letzten Tropfen Blut.“ Das brutale Vorgehen seitens der Grauen Wölfe äußert sich oft in gewalttätigen Auseinandersetzungen mit Kurd*innen. Vor allem die jüngsten Entwicklungen in der Türkei untermauern die Gewalttätigkeit, die von den Grauen Wölfen ausgeht. Nationalistische Türk*innen haben im Zuge des wieder aufgeflammten Kurd*innenkonflikts und der Beendigung des Waffenstillstandes mit der PKK im Juli dieses Jahres 300 Parteibüros der prokurdischen Demokratischen Partei der Völker (HDP), zweimal die Redaktion der regierungskritischen Tageszeitung Hürriyet sowie viele kurdische Geschäfte im ganzen Land angegriffen.

Graue Wölfe: Auch in Deutschland

Zu Konflikten zwischen türkischen Nationalist*innen und Kurd*innen kam es im Herbst dieses Jahres auch in deutschen Städten, wo den Opfern der Anschläge des Attentats während einer türkisch-kurdischen Friedensdemonstration in der Hauptstadt Ankara gedacht wurde (aktuell berichtete). Die aktuelle politische Lage in der Türkei begünstigt zwar auch die Konfliktlage in Deutschland. Graue Wölfe sind aber schon seit langem in der Bundesrepublik angekommen: Bereits 1978 gründete sich mit der Türk Federasyon (ADÜTDF) die Auslandsabteilung der MHP in Frankfurt am Main. Und während die Partei von 1981 bis 1987 in der Türkei verboten war, etablierten sich neben der Türk Federasyon mit dem Ver-

band der türkischen Kulturvereine in Europa (ATB) und der Union der türkisch-islamischen Kulturvereine in Europa (ATIB) zwei weitere Dachorganisationen. Letztere übernimmt die Organisation einiger Moscheen und gilt als Vertreter einer moderateren Gruppierung innerhalb der Bewegung der Grauen Wölfe. Gerade für Jugendliche, die Halt und Orientierung suchen, bieten die Grauen Wölfe vermeintliche Perspektiven.

Dass die Grauen Wölfe keine bloße Randerscheinung sind, zeigt sich an ihrer großen Zahl: Die Türk Federasyon zählt insgesamt 7.000 Mitglieder in der Bundesrepublik. Im April dieses Jahres trat Devlet Bahçeli, Vorsitzender der MHP, in der Oberhausener König Pilsner-Arena auf, um für die anstehenden Parlamentswahlen bei den nach Deutschland eingewanderten Türk*innen auf Stimmenfang zu gehen. 10.000 Teilnehmer*innen seien gezählt worden.

Das Einflussgebiet der Grauen Wölfe geht sogar über die der MHP nahestehenden Organisationen hinaus. Es ist nicht nur spürbar, dass Graue Wölfe innerhalb der kommunalen Politik mit Sitzen in Ausländerbeiräten vertreten sind. Auch in den Reihen der CDU, die in der Debatte um Flucht und Migration selbst genug populistische Äußerungen von sich gibt, sitzen einige Mitglieder oder Sympathisant*innen der Grauen Wölfe. Vergangenes Jahr sorgte der Fall des Hammer CDU-Mitglieds Zafer Topak, der sich via Twitter offen für Sympathisant*innen der rechten MHP aussprach. Es scheint vielen CDU-Politiker*innen auch nicht bewusst zu sein, was für ein Gedankengut Graue Wölfe vertreten. So hielt ein CDU-Politiker einen Gastbeitrag auf einer Veranstaltung der Grauen Wölfe, ein anderer ließ sich auf einer solchen vor der Flagge der türkischen Nationalist*innen ablichten und auch der ehemalige Duisburger Oberbürgermeister Adolf Sauerland ließ sich mit Grauen Wölfen fotografieren. Auch wenn die Unionsparteien immer mehr am rechten Rand fischen, würde sie sich sicherlich auch nicht mit Vertreter*innen von NPD oder AfD auf eine Seite stellen. [fro]

Das Gleiche in Grün



Perspektivenwechsel: Bei Ökostrom lohnt es sich zwei Mal hinzugucken. (Fotos: Gerne)

Anfang letzter Woche gab RWE in Essen bekannt: Der Energieriese wird sich aufspalten. Die erneuerbaren Energien, Netze und Vertrieb werden in eine Tochterfirma umgesiedelt. Das ist dann reiner Ökostrom und moralisch vertretbar. Hat ja augenscheinlich nichts mehr mit RWE zu tun. Dieses Phänomen gab es auch kürzlich bei Eon, die jedoch den Ökostrom behielten und den Atom- und Kohlestrom unter dem neuem Energiekonzern Uniper weiterlaufen lassen. Plötzlich gibt es sowieso sehr viel „grünen Strom“. Aber wie kann man sich sicher sein, dass der eigene Strombeitrag wirklich nur erneuerbare Energien fördert und wer schummelt?

Gerade tagen in Paris Vertreter*innen von 195 Regierungen auf der UN-Klimakonferenz. Dass der Klimawandel auch maßgeblich mit der Stromerzeugung durch Kohlekraftwerke zusammen hängt, steht außer Frage. Das kommt auch bei Vattenfall, RWE und Eon langsam an: Mit Atom- und Kohlestrom befindet man sich zwangsläufig auf dem Weg ins wirtschaftliche Abseits. Also muss schnell Ökostrom her. Nur wie? Und wie kann man Menschen dazu bewegen, diesen zu kaufen, trotz des Festhaltens an Kohle- und Atomstrom?

Eine Tochterfirma zu gründen ist da eine nette Idee. Die hat dann ein sauberes Image, keine kohleverschmierte, sondern eine weiße Weste. Die Nachfrage nach Ökostrom ist da, es wäre schon blöd, wenn man da als Energieriese passen müsste. Außerdem ist der Begriff Ökostrom nicht an einheitliche Regeln gebunden und darf so für unterschiedliche Produkte verwendet werden. Der für viele elementare Aspekt des Umweltnutzens sowie der Nachhaltigkeit von Ökostrom kann da jedoch schnell an Bedeutung verlieren. Denn der von der Bundesregierung be-

schlossene Atomausstieg hat auch das Angebot von Ökostromanbieter*innen in die Höhe getrieben. Inzwischen bieten fast alle konventionellen Stromanbieter*innen auch Ökostromtarife an. Eigentlich spricht nichts gegen diese Entwicklung, denn eine Umstellung auf eine erneuerbare Energien-Stromversorgung ist auch in Bezug auf das unter zwei Grad Erderwärmungsziel wichtig. Doch nicht alle Ökostromtarife verfolgen auch einen nachhaltigen Ansatz.

Kriterien für „echten Ökostrom“

Schon ab 1994 gab es sogenannte „Ökostrom-Pioniere“ wie etwa Naturstrom, Greenpeace Energy, EWS Schönau und Lichtblick. Zu dieser Zeit war weder der Atomausstieg beschlossen, noch gab es hohe Subventionierungen für die Gründung eines Stromanbieters mit ausschließlich erneuerbaren Energien. Jetzt, wo der Strom aus Kohle- und Atomkraftwerken unattraktiv geworden ist, zählen sich auch die Energieriesen zu „Ökostromanbieter*innen.“ Wer jedoch Strom beziehen möchte, der den Klimaschutz vorantreibt und nicht nur durch wirtschaftliches Interesse entstanden ist, für den sollte die Unabhängigkeit von konventionellen Atom- und Kohlestrom-Konzernen das wichtigste Kriterium bei der Auswahl des*der Anbieter*in sein. Denn nur wenn der Ökostrom wirklich unabhängig von konventionellen Stromanbieter*innen ist, kann ein möglichst nachhaltiger Beitrag zum Umweltschutz gewährleistet werden. Wenn konventionelle Anbieter*innen indirekt beteiligt sind, finanziert man durch die monatliche Stromrechnung beispielsweise Unternehmen wie RWE mit.

Welcher Ökostrom unterstützt Klimaschutzziele?

An unabhängige Ökostromanbieter*innen in Deutschland sind vor allem fünf zu nen-

nen. Diese sind die Naturstrom AG, die EWS Schönau GmbH, die Greenpeace Energy eG und LichtBlick SE. Seit 2011 gibt es außerdem noch die Polarstern GmbH, die nicht nur Ökostrom, sondern auch Ökogas anbietet. Der Strom stammt dabei komplett aus deutschen Wasserkraftwerken. Diese Energieversorgerin hat sich auf die Fahne geschrieben, dass Ökostrom kein Luxusprodukt sein darf. Alle diese Anbieter*innen fördern den Bau von Neuanlagen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien und sind nicht mit den großen Stromkonzernen verflochten.

Was gibt es für Zertifizierungen?

Außer den „großen“ Ökostromanbieter*innen, kann es durchaus auch kleine unabhängige Anbieter*innen geben, die zu empfehlen sind. Diese sollen durch Ökostrom Zertifikate und Gütesiegel besser einzuschätzen sein, ob sie nachhaltig Strom produzieren. Allerdings gibt es keine zentrale Institution, die die unterschiedlichen Ökostrom-Zertifikate und Gütesiegel oder deren Herausgeber*innen kontrolliert, daher ist eine Vereinheitlichung nicht möglich und auch ein direkter Vergleich nicht einfach.

Es gibt jedoch unterschiedliche Zertifikate auf die man achten kann, wie beispielsweise das Gütesiegel „Grüner Strom Label“ oder das „ok-power Label.“ Bei diesen Zertifizierungen werden die Ökostrom Produzent*innen unter anderem verpflichtet, einen definierten Prozentsatz der Kund*innengelder in neue regenerative Stromerzeugungsanlagen zu investieren. Außerdem gibt es die TÜV Nord und die TÜV Süd Zertifikate. Welche Zertifizierung die verschiedenen Ökostromtarife erhalten haben und aufgrund welcher Kriterien, lohnt sich genau anzuschauen. Dabei kann so manch eine Mougelpackung entlarvt werden. [Gerne]



Vorbildlich rechts

Die scheinbare Anonymität des Internets hat auch seine Schattenseiten. Wenn es bei Facebook um Flüchtlinge und Zuwanderung geht, schalten sich schnell Rechte ein und veröffentlichen fremdenfeindliche Postings. Eine Netzkampagne wandelt deshalb Hass-Kommentare in Spenden für Aussteiger- und Flüchtlingsprojekte um.

von Gastautor Richard Diesing

Anton B. N. hat es geschafft. Er ist aktueller Spitzenreiter unter den Top Ten auf der Seite Hasshilft.de. Anton hat bisher unter den aufgeführten Personen am meisten Geld für Projekte gegen Rechts und für Flüchtlinge gespendet. Ein löbliches Engagement – könnte man meinen. Doch falsch gedacht: Anton B. N. ist nicht etwa ein Flüchtlingsfreund, der etwas gegen rechte Hetze unternehmen will. Anton ist genau das Gegenteil. Dass er den ersten Platz des Rankings belegt, ist kein Kompliment. Die Top Ten ist ein Negativ-Ranking. Das lässt auch schon der Titel erahnen: „Die Top 10 der fleißigsten Spender, äh, Hass-Poster“ heißt es da. Die Namen im Ranking, Anton B. N. mit eingeschlossen, sind nur Abkürzungen, doch hinter ihnen stecken echte Facebook-Nutzer*innen. Pro Hass-Kommentar, der an „Hass hilft“ gemeldet wird, wird ein Euro gespendet. Entweder an die Organisation „Exit-Deutschland“, die Aussteiger*innen aus der rechten Szene unterstützt, oder an „Aktion Deutschland Hilft“, die unter anderem Flüchtlinge weltweit unterstützt. Ein vorgefertigter Kommentar von Hass hilft wird dann als Antwort auf den Hass-Kommentar gepostet.

Guerilla-Taktik: „Verzauberte“ Shirts

Die Aktion Hass Hilft wurde von der Berliner Initiative „Zentrum Demokratische Kultur“, kurz ZDK, ins Leben gerufen. Sie setzt sich seit 1997 unter anderem stark gegen Rechte ein. Bekanntheit erlangten die Aktivist*innen vom ZDK vor allem durch ihre Guerilla-Taktik. 2012 wurden den Veranstaltern eines Rechtsrock-Festivals T-Shirts mit szenetypischem Aufdruck untergejubelt. Die Organisation verteilte die T-Shirts, warb damit aber letztlich für einen Ausstieg aus der rechten Szene. Denn nach einmaligem Waschen verschwand der Aufdruck auf dem T-Shirt. Zum Vorschein kam ein neuer Aufdruck: „Was dein T-Shirt kann, kannst du auch.“

2014 folgte eine weitere Aktion, die zu bundesweiter Medienaufmerksamkeit führte. Das ZDK funktionierte einen Gedenkmarsch der rechten Splitterpartei „Der dritte Weg“ um, indem für jeden von dem Demonstrationzug gelaufenen Meter ein Euro an die



Auf der Webseite hasshilft.de werden die bisherigen Spenden dokumentiert. (Foto: Richard Diesing)

Aussteiger*innen-Organisation Exit gespendet wurde. Gegendemonstrant*innen hielten Transparente hoch, zum Beispiel mit der Aufschrift „Der unfreiwilligste Spendenlauf Deutschlands.“ „Im Spendenschritt Abmarsch“ oder „Endspurt statt Endsieg.“

FC St. Pauli unterstützt die Aktion

Möglich gemacht werden die Spenden durch die Sponsor*innen der Hass Hilft-Kampagne. Neben Geldgeber*innen wie dem Wirtschaftsmagazin „Brand eins“ oder dem Bezahl-Fernsehsender Sky unterstützt auch der Zweitligaklub FC St. Pauli die Aktion. Der Verein ist für sein antifaschistisches Engagement bekannt. „Wir unterstützen verschiedene Aktionen gegen Rechts“, so Jörn Kreuzer, Mitarbeiter im Bereich Medien des FC St. Pauli und verantwortlich für die Umsetzung der Kampagne. Der Fußballklub kannte schon den 2014 veranstalteten „Lauf gegen Nazis.“ Als dann das ZDK mit seiner neuen Idee auf den Verein herantrat, sagte der Klub zu. Das Konzept dahinter wolle man unterstützen, so Kreuzer: „In den Sozialen Netzwerken kriegen die Rechten schnell das Gefühl, mit ihrer Meinung in der Mehrheit zu sein, weil sie sich gegenseitig befeuern.“ Dem gelte es, sagt Jörn Kreuzer, immer wieder mit unmissverständlichen Ansagen entgegenzutreten.

Im Sozialen Netzwerk sorgt die Aktion für teilweise sehr lustige Reaktionen. Hass-Kommentator*innen beschwerten sich dann, dass sie gar nichts spenden wollten und drohen damit, zur Polizei zu gehen. Facebook unterstützt Hass Hilft offiziell, tut sich aber weiterhin schwer damit, fremdenfeindliche Kommentare zu sperren. Die Polizei dagegen wird immer sensibilisierter für das Thema. In letzter Zeit häufen sich die Medienberichte über Personen, die aufgrund von fremdenfeindlichen Postings in Sozialen Netzwerken wegen Volksverhetzung verklagt wurden.

Ballern!

Untergrund-Party



Um gute und in die Tage gekommene Musik abzufeiern, bietet der Untergrund Bochum am Freitag die „HEY YA!“ Party an. Gespielt werden die besten Sachen aus den 2000ern, Trash, Indie, Electro, Hip-Hop und Pop. Abzappeln garantiert!

↗ **Freitag, 11. Dezember, ab 23 Uhr, Untergrund Bochum, Kortumstraße 101.**

Beschnüffeln!

Anonym im Netz

Wer keine Lust auf ständige virtuelle Überwachung hat, dem sei die Nutzung eines Tor-Browsers (The Onion Router) oder eines VPNs (virtual private network) empfohlen. Der AStA veranstaltet einen Vortrag, der vor allem unerfahrenen Internetnutzer*innen Grundlegendes im anonymen Servern vermitteln möchte.

↗ **Donnerstag, 10. Dezember, 18-21 Uhr, Campus Essen, V13 SoO D50, Eintritt frei**

Beschweren!

Proteste gegen COP21

„Nur noch kurz die Welt retten? Beim Weltklima wird die Zeit knapp! Bereits heute sind die Auswirkungen des Klimawandels deutlich zu spüren. Bei der Weltklimakonferenz in Paris wurden die Großdemonstrationen abgesagt.“ Die Grüne Jugend NRW hat eine Protestaktion für den 12. Dezember geplant. Nicht nur der Beginn der Aktion um fünf vor 12 weist auf die Dringlichkeit des Schnellen Handels in Klimafragen hin. Auch einen Flashmob mit Schuhen wird es geben.

↗ **Samstag, 12. Dezember, 11.55 Uhr-13 Uhr, Martin Luther Platz, Düsseldorf**

Patatas Bravas und Bratkartoffeln

Bewerben, angenommen werden, organisieren, Flugzeug besteigen, ankommen. Nach diesen Tätigkeiten beginnt das Einleben und der Stress für Erasmus-Studierende hat noch lange kein Ende genommen. Neben all den verlockenden unentdeckten Orten, neuen sozialen Kontakten und Freizeitaktivitäten steht ja auch das Studium an. Wie studiert es sich in Spanien, wie ist es im Vergleich um die Studienbedingungen in Deutschland bestellt? Ehemalige und aktuelle Erasmus-Studierende aus beiden Ländern ziehen ein vorläufiges Fazit.

Linda und Franka studieren International Sustainability Studies – eigentlich in Lüneburg. Im Februar haben sie das beschauliche Städtchen gegen Barcelona eingetauscht, zurück geht es für sie noch in diesem Monat.

Als Erasmus-Studierende*r hat man in mancher Hinsicht mehr Freiheiten. So konnten die beiden etwa Kurse aus allen Semestern auswählen. Spanische Studierende verbleiben normalerweise im eigenen Semester. „Wir sind im zweiten Semester hier angekommen; haben dann erst das zweite und dann das erste gemacht, was sehr untypisch ist“, erzählt Linda. Diese Wahlfreiheit hat jedoch auch ihre Schattenseiten: Es ist schwieriger, Kontakte zu anderen Studierenden zu knüpfen.

Eine Möglichkeit, gleich am Anfang viele Menschen kennen zu lernen, bieten an deutschen Unis die O-Wochen, die es hier auch gibt. „Es gab eine International Welcome Week, von der wir uns aber alle mehr erhofft hatten. Wir haben es mit unserer Welcome Week in Deutschland verglichen, wo es auch darum ging, Leute kennen zu lernen und Aktivitäten stattfanden, bei denen Kontakte geknüpft werden konnten. Hier war es einfach nur ein Informations-Input, das meiste davon auf Spanisch – viele Studierende konnten noch kein Spanisch, als sie hier ankamen und haben nichts verstanden“, erklärt Franka.

Die eigenen Sprach(un)kenntnisse tragen maßgeblich dazu bei, wie schnell man in einem neuen Umfeld ankommt und wie wohl man sich fühlt. So waren für Linda die ersten Erfahrungen mit der neuen Uni davon geprägt: „Zuerst einmal der ganze Sprachmix aus Catalàn, Spanisch und Englisch und der Campus, der eine eigene kleine Stadt darstellt. Es war schwer, sich zurechtzufinden.“ Beide hatten sich auf ihre Erasmus-Zeit mit einem ein Jahr andauernden Catalàn-Kurs vorbereitet.

Auch Ramón hatte zwei Jahre lang einen Deutsch-Kurs besucht, bevor er das vergangene Sommersemester in Köln studierte. Der 22-jährige Linguistik-Student traf die Entscheidung, wo er sein Auslandssemester verbringen wollte, aufgrund seines Interesse für die Sprache und praktischen Erwägungen: „Ich hatte schon einige Zeit in Barcelona studiert und wollte neue Menschen kennenlernen und erfahren, wie es ist an einer anderen Universität in einem anderen Land zu studieren. Deutschland schien mir ein besseres Land zu sein,



Feuer für die Grauen Zellen: Patatas Bravas. (Foto: lenz)

um dort zu leben als andere europäische Länder, wie zum Beispiel Großbritannien oder Frankreich. Die Lebenskosten sind dort geringer und ich hatte von Freunden und Leuten von der Uni gehört, dass das Leben an der Uni auch vorteilhafter sein soll. Das deutsche universitäre System ist auch besser im Bezug auf die Vergabe von Unterbringung und den Transport.“

Finanzieren geht über Studieren

Wer in Spanien regulär und ohne Stipendium studiert, musste dieses Jahr zwischen 757 Euro (in Andalusien) und 2.372 Euro (Katalonien) Matrícula, also Studiengebühren zahlen – Nahverkehrsticket exklusive. Die Gebühren sind jedoch nicht nur abhängig vom Studienort, sondern auch vom Fach und der Anzahl der Credits. Das System funktioniert tatsächlich so, dass man für jeden Credit-Point Geld bezahlen muss. Konsequenz: Es finden sich hier vermehrt Studiengänge, für deren Abschluss eine übertrieben hoch scheinende Credit-Points-Anzahl erbracht werden muss. Ein weiteres Ergebnis der hohen Gebühren ist laut einer Studie des Centro de Investigaciones Sociológicas (2010), dass 49,7 Prozent der Studierenden weiterhin mit ihren Eltern leben, obwohl 83,7 Prozent lieber in einer eigenen Wohnung leben würden – doch das wäre eine zusätzliche finanzielle Belastung. Die Wohnverhältnisse dürften sich in den letzten fünf Jahren aufgrund der auch in Spanien anhaltenden Wirtschaftskrise wohl eher verschlechtern haben.

Während die Studierenden im Ruhrgebiet also gegen das teurer werdenden Semesterticket demonstrieren und steigende Cafeteria-Preise bemängeln, erfreute sich Ramón des studentischen Lebens am Campus und erkundete NRW mit dem öffentlichen Personennahverkehr. „Die Uni in Köln bot mehr extrakurkulare Par-

tizipationsmöglichkeiten, zum Beispiel Sportkurse. In Spanien gehen viele Studierende einfach zu ihren Kursen und danach nach Hause – das war es dann. Es könnte daran liegen, dass die Uni in Köln viel größer ist oder auch an dem günstigen Essen in den Cafeterias. Vielleicht machen sie das, damit die Studierenden mehr Zeit auf dem Campus verbringen“, vermutet er.

Die Lehrmethoden und Atmosphäre in Köln hat Ramón auch als nützlich und angenehm wahrgenommen: „Mir erschienen die Klassen in Deutschland sinnvoller zu sein als in Barcelona. Die Professoren sind auch gelassener und räumen mehr Freiheiten ein, so in etwa ‚Mach, was du willst und komm, wenn du willst.‘ Für manche spanische Studierende dürfte diese Erfahrung neu sein, denn an vielen Universitäten wie auch in Barcelona herrscht weiterhin Anwesenheitspflicht.

Ihm ist jedoch auch aufgefallen, dass es in Deutschland schwieriger ist, in einen Kurs reinzukommen, da es viel Nachfrage aber nicht dementsprechend viel Angebot gibt. Das Phänomen ist wohl auch vielen Studierenden der Universität Duisburg Essen vertraut.

Ramóns Fazit nach fünf Monaten in Köln fällt aber durchweg positiv aus: „In Deutschland zu studieren scheint vom ökonomischen Standpunkt her viel einfacher zu sein als hier. Ich würde es Freunden empfehlen – und dann am besten länger als ein Semester, vielleicht sogar für einen Masterstudiengang.“

Applaus im Seminar?

Die 20-jährige Umweltwissenschaftsstudentin Mariona ist gerade im Erasmus-Semester in Lüneburg und kann nach drei Monaten bisher auch nur Positives berichten: „Als ich zum ersten Mal zur Uni fuhr, gab es dort eine Einführungsveranstaltung für die internationalen Studierenden. Das war eine ganz andere Erfahrung für mich, da man in Deutschland viel mehr mit Präsentationen arbeitet als in Spanien. Ich finde es ziemlich gut, da ich so auch andere Lernmethoden ausprobieren kann.“ Ihre Entscheidung, nach Deutschland zu gehen, liegt in ihrem Studienfach begründet: „Ich glaube, Deutschland hat eine andere Art, mit Umweltthemen umzugehen.“ Was die Lehrmethoden angeht, kann Mariona Gegenteiliges zu Linda und Franka berichten. Sie hat in Spanien vor allem Vorlesungen gehabt und entdeckt nun andere Kursformen und Arten des Lernens. „In Spanien bearbeiten alle Studierenden die ersten drei Jahre genau die gleichen Materialien und Thematiken. Hier kann ich mir hingegen die Kurse aussuchen, die mich interessieren und zudem werden sie in jedem Semester angeboten.“ Was sie sehr verwundert: „Am Ende jeder Kursstunde applaudieren die Studierenden und klopfen auf den Tisch, das ist für mich etwas merkwürdig aber auch drollig.“ [lenz]

Bestrafung Frauenfußball



Kerem Demirbay als bestgekleideter Schiri: Wie viel er für die PR wohl gerannt ist? (Screenshot: Facebook)

Vom Frauenfußball hört man meistens nicht viel. Hier mal eine kleine Weltmeisterschaft, da mal eine deutsche Weltfußballerin auf dem Foto neben Cristiano Ronaldo. Aber meistens kann man die Sportnachrichten getrost verfolgen ohne etwas von den Fußballbundesligaergebnissen der Frauen zu hören. Medienrummel gibt's allerdings, wenn eine Schiedsrichterin einem Mann die rote Karte zeigt.

Was noch viel nervtötender als keinerlei Schlagzeilen ist, sind Sportberichte, die auf den teilweise offenkundigen Sexismus nicht kritisch eingehen. So ist es gerade erst wieder passiert, dass es in der zweiten Männer-Bundesliga beim Spiel Fortuna Düsseldorf gegen den FSV Frankfurt einen Platzverweis gegen Düsseldorfs Kerem Demirbay gegeben hatte und dieser zur Schiedsrichterin Bibiana Steinhaus sagte: „Frauen haben im Fußball nichts verloren.“ Soweit, so sexistisch. Frankfurts Demirbay soll sich nach dem Spiel bei Steinhaus entschuldigt haben und veröffentlichte auch auf Instagram: „Mir tut es extrem leid, was ich zu Frau Steinhaus gesagt habe. Diesen Satz hätte ich niemals sagen dürfen, denn es entspricht auch nicht meinem Frauenbild.“

„Die Kirche im Dorf lassen“

Auch wenn es bei den oftmals frauenfeindlichen Sprüchen zum Thema Frauenfußball nicht leicht fällt zu glauben, dass in dieser auf dem Platz gefallenen Aussage keine Überzeugung steckte, tat Demirbay das einzig Richtige und entschuldigte sich für den verbalen Ausfall. Bibiana Steinhaus hat die Entschuldigung auch angenommen, war jedoch verpflichtet einen Sonderbericht über den Vorfall zu schreiben. Der DFB entschied danach ein Strafmaß von fünf Spielen Sperre, wovon zwei zur Bewährung ausgesetzt sind. Dieses Urteil ist nach Auffassung von Fortuna Düsseldorf, die ungern auf ihren Spielmacher verzichten, viel zu hoch, weshalb Einspruch dagegen erhoben wurde. Des Weiteren relativiert der Verein den Vorfall. Und das auf eine krude Art und Weise:

„Wir als Verein stehen hinter Kerem und werden gegen diese unangemessene Strafe kämpfen“, kündigte Fortunas Sportdirektor Rachid Azzouzi an. Und weiter: „Kerem ist ein anständiger Kerl, der eine gute Erziehung genossen hat. Seine Äußerung war nicht richtig und er hat sich dafür noch im Kabinengang bei der Schiedsrichterin und seiner Mannschaft entschuldigt. Über die Sperre von fünf Spielen bin ich jedoch sehr erstaunt. Er hat doch niemanden umgebracht, keinen Spieler böse verletzt, da muss man auch mal die Kirche im Dorf lassen!“ Anstatt die Äußerung aufs Schärfste zu kritisieren, wird ein sexistischer Spruch mit unterlassenem Totschlag relativiert. Statt deutlich zu machen, dass diese Meinung in Anbetracht des sowohl erfolgreichen Frauenfußballs, als auch der Leistung der Schiedsrichterinnen im Fußball einfach nur daneben sei, wird sich empört. Außerdem wurde sich von Seiten des Vereins darauf berufen, dass Demirbay mit seinen 22 Jahren noch ein „junger Bursche“ sei – es also folglich einfach noch nicht besser wusste?

Peinliche PR-Aktion

Geld zu zahlen tut Fußballern in den Männerprofiligen meist nicht weh, weshalb die „empfindliche“ Geldstrafe, die Demirbay vom Verein verhängt bekommt, fast schon symbolisch ist. Statt eine Spielsperre als angemessenen Strafe anzuerkennen, macht der kommissarische Vorstandsvorsitzende von Frankfurt Paul Jäger dann noch einen peinlichen Wiedergutmachungs-Vorschlag: „Es wäre doch eine gute Sache, wenn Kerem sein wirkliches Frauenbild noch einmal dadurch unterstreicht, dass er bei einem Mädchen-Fußballspiel als Schiedsrichter auf den Platz geht.“ Das tat er dann vergangenen Samstag bei einem Mädchen- D-Jugend Kreisliga Spiel – im schicken Mantel und ohne Sportbekleidung. Aber viele schöne Grinsefotos mit den Fußballerinnen gab es für die Facebookseite des Vereins. Diese PR-Aktion dürfte jedoch gewaltig nach hinten losgegangen sein, im Netz hagelt es Hohn und Spott für den schick gekleideten „Schiri.“

Ob Demirbay wohl einen Schiedsrichter*innen-schein besitzt? Besonders interessiert an seiner Aufgabe wirkt der 22-Jährige auf den Fotos nicht.

Auf Schiri-Beleidigungen folgt Sperrung

In Paragraph 22 der Strafordnung für den Fußball ist festgelegt: „Bedrohung oder Beleidigung der Gegner, Mitspieler, Zuschauer, Schiedsrichter und Schiedsrichter-Assistenten wird mit einer Sperre von 2 bis zu 18 Pflichtspielen bestraft.“ Damit ist Demirbays Strafe von maximal fünf Spielsperren nicht extrem hoch angesetzt. Auch zeigt der Vergleich mit anderen Strafen nach Schiedsrichter*innen Beleidigungen, dass drei Spielsperren durchaus üblich sind.

In einem Fußballspiel passiert es häufiger, dass Emotionen hochkochen und auch mal eine Beleidigung in Richtung Schiri fällt. Die Reaktion des Vereins muss jedoch nicht wie im Fall von Düsseldorf relativierend sein. Im April 2011 beleidigte beispielsweise Bayern-Stürmer Arjen Robben im Spiel gegen Nürnberg den Unparteiischen Knut Kircher. Für dieses Verhalten musste er zwei Spiele lang auf der Ersatzbank Platz nehmen und eine Strafe von 15.000 Euro zahlen. Einspruch gab es damals vom Bayernvorstand nicht, sondern eine klare Verurteilung der Unsportlichkeit: „Das, was Arjen gemacht hat, ist unakzeptabel. Es wird sicherlich ein Gespräch mit ihm geben – das ist undiszipliniert, und das können wir jetzt nicht gebrauchen“, sagte damals Vorstandschef Karl-Heinz Rummenigge. Auch Robben hatte sich damals, wie Demirbay, nach dem Platzverweis für den Ausfall entschuldigt. Ebenfalls musste, nach einer üblen Beschimpfung des Unparteiischen im Spiel gegen Hamburg im November 2010, Stuttgarts Stürmer Ciprian Marica vereinsintern eine Geldstrafe von 50.000 Euro zahlen und wurde vom DFB für drei Spielen gesperrt. Der damalige Vereinsmanager Fredi Bobic hatte keinerlei Verständnis für das Verhalten von Marica: „Es ist klar, dass der Spieler keine schönen Wochen vor sich hat, dass er dafür auch büßen muss.“

Berichterstattung: Kein Wort von Sexismus

Zahlreiche Artikel sind zu dem Vorfall zwischen Demirbay und Steinhaus erschienen. Die Maßnahme, ein Mädchen-Fußballspiel zu pfeifen, wurde in mehreren Zeitungen als „kreativ“ oder „fantasievoll“ umschrieben oder eine „besondere Strafe“ genannt. Die Sperrung von Seiten des DFBs wurde als „drakonisch“ beschrieben, also „sehr hart durchgreifend.“ Der Stürmer selbst wurde fast schon hätschelnd als „Macho-Man“ bezeichnet. Auch las man Bildunterschriften von Demirbay und Steinhaus die titelten: „Demirbay äußerte Bedenken von Frauen im Männerfußball.“ Nein, wie herzallerliebste. Da kommt fast das Gefühl auf, dass er sich besonnen in einem Diskurs über die Vor- und Nachteile von Schiedsrichterinnen in den Männerligen positioniert hätte. Oder halt über die eine Existierende. **[Gerne]**

#ichhabpolizei



Jan Böhmermann aka POLIZISTENSOHN.
(Foto: CC BY-SA 3.0 Michael Schilling)

Jan Böhmermann hat sich letzte Woche schlagartig über fünf Millionen Klicks auf YouTube geangelt. In vielen Feuilletons wurde über die Relevanz des neuen Hits straight outta Vegesack diskutiert. Vorwürfe des Armutsrassismus wurden laut, aber sind diese überhaupt gerechtfertigt?

Jan Böhmermann aka. POLIZISTENSOHN hat es wieder einmal geschafft: das Internet rastet aus, positioniert sich und klickt wie wild die Videos des Moderators an. In seiner neusten Kreation begibt sich YouTube-Böhmi in die Rolle des Gangsta-Rappers. Hierbei bedient er sich bekannter Klischees und übernimmt flowtechnisch den Style des Offenbacher Haftbefehl. Eben jener released fünf Tage nach Böhmermann eine Art Reaktionsvideo mit dem Namen „CopKKKilla“.

„Die haben alle zu viel Abitur“

Nachdem sich nicht nur große Nachrichtenportale über Böhmermanns Track ausgelassen hatten, wurden auch Stimmen von provokanten Seiten lauter: „Das Bildungsbürgertum schlägt zurück: Jeglichen Inhalt in den Texten ignoriert ihr vollkommen und macht euch nur noch über die Form lustig. Ihr verarscht Leute, weil sie weniger Bildung haben, weil sie weniger Geld besitzen und weil sie gesellschaftlich unter euch stehen“, heißt es auf Noisy, ein Portal, das so viel Seriosität besitzt, wie die E-Mail eines nigerianischen Prinzen, der sein Erbe dem*der Empfänger*in vermachen möchte. Ernst-

haft kümmern kann das den Polizistensohn allerdings nicht. „Das sind eben die Schattenseiten der zunehmenden Akademisierung des Lyrikstandorts Deutschland“, so Böhmermann im Interview mit dem Stern. „Die Leute haben einfach zu viel Abitur. If hip hop is dead, you killed it, not me. Und wem was nicht passt, der kann ja jederzeit die Polizei rufen.“

Während Foren und Online-Nachrichten heiß laufen, lässt Rapper Haftbefehl seinem Unmut über die ganze Aktion anders freien Lauf: Sein Track „CopKKKilla“ zeigt die womöglich realere und harte Seite des „Ghettolebens.“

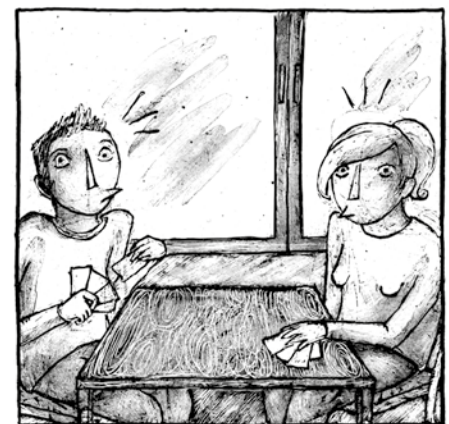
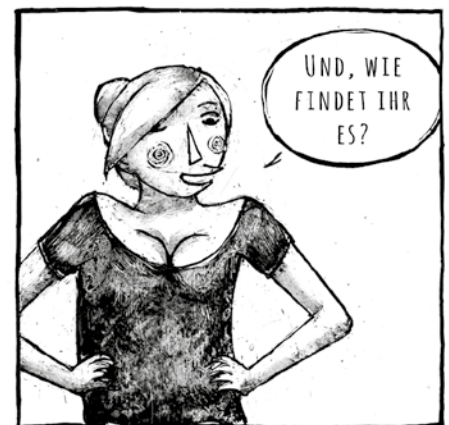
Hip-Hop-Kultur als Mainstream

Einerseits gibt es Menschen, für die die Sprache des Gangsta-Raps gängig ist und die Böhmermanns Imitation anmaßend finden. Andere sehen den humoristischen Weg, sich mit Polizeigewalt zu beschäftigen als ein legitimes Kunstmittel. Die Vorwürfe, Böhmermann würde sich über „die Straße“ lustig und durch seinen Status nur darauf aufmerksam machen, dass lediglich arme Leute diese Art von Hip-Hop hören, sind allerdings falsch. Hier wird weder jemand verbalbert, noch wird Gangsta-Rap von einem weißen Mittelstandsmann vereinnahmt. Es ist schon ein leichter Widerspruch in sich zu sagen, dass auf der einen Seite Armutsrassismus betrieben wird und auf der anderen Seite man die Gangsta-Fahne ausschließlich den Leuten in die Hände drückt, die eben so aussehen, als „dürfen sie so etwas hören.“ Straßenrap ist im Mainstream angekommen und das bedeutet, dass er sich jetzt alles gefallen lassen muss. „Was für Udo Jürgens [...] gilt, gilt auch für Bushido und Haftbefehl, dessen eigenwilliger Sprachstil ja bis in Die Zeit und FAZ hinein als Literatur gefeiert wurde“, so Zeit-Autor David Hugendick. „Wenn man also die Sprache und Artikulation, wie Haftbefehl sie pflegt, als Kunst anerkennt, bedeutet das ebenfalls, dass sie genauso parodiert werden kann.“ Während in den späten 80ern noch diskutiert wurde, ob N.W.As „Fuck tha Police“ auf Radio- und Fernsehsendern gespielt werden dürfe, verkauft sich heute Straßenrap gerade wegen des harten Images. Und ob Hafti und Böhmi sich vorher abgesprochen haben, um die Videos fast zeitgleich zu veröffentlichen – das spielt wirklich keine Rolle. Denn eines wurde ohne Umstände erreicht: die kritische Auseinandersetzung mit Texten, mit der Staatsgewalt und das Hinterfragen, was Kunst ist und wie weit sie gehen darf. [bjg]

HIRNAKROBATIK

8	4				3	
			9	1	8	2
		2		5	4	
	7	4		6	8	
	2					8
			4	3		6 2
		7		1		2
2		8	5		9	
		1				7 9

WOHNHEIMGESCHICHTEN



Impressum

Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet

Herausgeber: AStA der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Felix Lütke u.a.

Projektkoordination: Nils Kriegeskorte

Anschrift: aktuell, c/o AStA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen

Comic: Jennifer van de Sandt

Gestaltung: Alexander Bönninger

Redaktion dieser Ausgabe: Lorenza Kaib (lenz), Maren Wenzel (mac), Philipp Frohn (fro), Linda Gerner (Gerne), Britta Rybicki (BRIT), Björn Gögge (bjg)

V.i.S.d.P.: Philipp Frohn (fro)

Auflage/Druck: 5.000 / Megadruck, Westerstede

E-Mail: redaktion@aktuell.de

Web: www.aktuell.de